

# Öffentliche Bekanntmachung

## Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften „Breitenfeld III“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB

Die Gemeindevertretung der Stadt Kenzingen hat am 18.04.2024 in öffentlicher Sitzung die im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellte 1. Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften „Breitenfeld III“ nach § 10 Abs. 1 BauGB als jeweils selbstständige Satzung beschlossen.

Die vorliegende 1. Änderung des Bebauungsplans „Breitenfeld III“ und der dazugehörigen örtlichen Bauvorschriften bezieht sich auf die textlichen Festsetzungen, die örtlichen Bauvorschriften sowie die Planzeichnung für insgesamt 6 Flurstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Breitenfeld III“. Die Flurstücke Flst.Nr. 10463-10468 werden durch die Änderung überplant.

Die genaue Abgrenzung des Plangebietes ergibt sich aus dem nachfolgend abgedruckten Plan.



**Die 1. Änderung des Bebauungsplans „Breitenfeld III“ und der dazugehörigen örtlichen Bauvorschriften treten mit dieser Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.**

Die 1. Änderung des Bebauungsplans und der örtlichen Bauvorschriften „Breitenfeld III“ kann einschließlich ihrer gemeinsamen Begründung beim Fachbereich 3 Bauen und Planen im Rathaus der Stadt Kenzingen, Hauptstraße 15, 79341 Kenzingen während der üblichen Dienststunden eingesehen werden. Jedermann kann die 1. Änderung des Bebauungsplans, der örtlichen Bauvorschriften und die Begründung einsehen und Auskunft über ihren Inhalt verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen. Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans, und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass gem. § 4 Abs. 4 GemO BW Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GemO BW oder auf Grund der GemO BW zu Stande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
2. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO BW wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder wenn vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich oder elektronisch geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehender Nr. 2 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist des § 4 Abs. 4 S. 1 GemO BW jedermann diese Verletzung geltend machen.

Kenzingen, den 26.04.2024

gez. Andrea Bold  
Bürgermeisterstellvertreterin